

**Stadt Ebersberg**

Sachlicher Teilflächennutzungsplan (STFNP) „Windkraft“ - 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Ebersberg

**Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB**

Postauslauf am 14.08.2023

A) Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben sich im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB nicht geäußert, sodass von Einverständnis mit der Planung ausgegangen werden kann:

<b>Nr.</b>	<b>Behörde</b>
1	Regierung von Oberbayern Sachgebiet 801
5	Landratsamt Ebersberg, Wasserrecht
8	Landkreis Ebersberg Landrat
9	Kreisheimatpfleger
10	Wasserwirtschaftsamt
12	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
14	Bayer. Bauernverband
15	Amt für ländliche Entwicklung
16	Bayer. Landesamt für Denkmalflege
17	Kreisbrandinspektion Ebersberg
19	Kreisjugendring Ebersberg
20	Evang.-Luth. Pfarramt
21	Kath. Pfarramt
22	Ordinariat München
24	Handwerkskammer
26	MVV K 21
27	Deutsche Telekom AG
29	DFMG Deutsche Funkturm GmbH
31	Bayernwerk AG; Netzcenter Ampfing
33	E.on Netz GmbH
34	Stadt Grafing

- 36 Gemeinde Forstinning
- 37 Gemeinde Hohenlinden
- 38 Gemeinde Steinhöring
- 39 Gemeinde Anzing
- 40 Gemeinde Frauenneuharting
- 42 Landesbund für Vogelschutz
- 43 Landesjagdverband Bayern e.V.
- 44 Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
- 45 Ausgleichsflächen Abfallwirtschaft
- 47 Bay. Eisenbachgesellschaft
- 48 DB RegioNetz Infrastruktur GmbH
- 51 Bundesnetzagentur
- 52 Bayerische Staatsforsten Forstbetrieb Wasserbund am Inn
- 57 Regierung von Oberbayern Gewerbeaufsichtsamt
- 60 Deutsche Flugsicherung GmbH
- 62 Bayerischer Waldbesitzerverband e.V.
- 63 Finanzamt Ebersberg
- 64 Eurofins
- 65 Deutscher Modellfliegerverband e.V.
- 66 Modellflugsportverband Deutschland e.V.

B) Folgende Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange haben der Planung ohne weitere Hinweise, Anregungen und Einwendungen zugestimmt:

**Nr. Behörde**

- 2 Regionaler Planungsverband München, Schreiben von 18.09.2023
- 3 Landratsamt Ebersberg, Bauamt, Schreiben vom 18.09.2023  
Landratsamt Ebersberg, Kreishochbau und Liegenschaften, Schreiben vom 30.08.2023
- 7 Landratsamt Ebersberg, Bodenschutzrecht, Schreiben vom 24.08.2023
- 11 Staatliches Bauamt Rosenheim, Schreiben vom 12.09.2023
- 18 Polizeiinspektion Ebersberg, Schreiben vom 16.08.2023
- 23 IHK für München und Oberbayern, Schreiben vom 31.08.2023
- 25 Kreishandwerkerschaft Ebersberg, Schreiben vom 23.08.2023

- 28 Vodafone GmbH, Schreiben vom 15.09.2023
- 30 Energienetze Bayern GmbH & Co. KG, Schreiben vom 14.09.2023
- 35 Marktgemeinde Kirchseeon
- 49 Eisenbach-Bundesamt, Schreiben vom 28.08.2023
- 50 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Schreiben vom 21.08.2023
- 53 Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Schreiben vom 30.08.2023
- 56 Regierung von Oberbayern, Bergamt Südbayern, Schreiben vom 18.09.2023
- 61 Bayernets GmbH, Schreiben vom 21.08.2023

C) Folgende Behörden haben eine Stellungnahme abgeben und Hinweise, Einwendungen oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
4	Landratsamt Ebersberg Untere Naturschutzbehörde	12.09.2023	<p>Der Naturschutz begrüßt die vorgenommenen Änderungen. Ergänzungsbedarf besteht u.E. bei den der artenschutzrechtlichen Prüfung zugrundeliegenden Daten. Wir empfehlen diesbezüglich, den Untersuchungshorizont um eine Befragung lokaler Gebietskenner zu erweitern. Dazu sollten die folgenden Personen bzw. Organisationen beteiligt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. — Richard Straub, Benedikt Sommer</li> <li>- Waldbesitzervereinigung Ebersberg/München-Ost e.V.</li> <li>- Bayerische Staatsforsten AöR</li> <li>- Die Jagdausübungsberechtigten</li> </ul> <p>Falls gewünscht, können wir bei der Ermittlung d. Kontaktdaten der Jagdausübungsberechtigten unterstützend tätig werden. Es empfiehlt sich aus unserer Sicht, den Gebietskennern eine Übersichtskarte d. Änderungsbereiche u. eine Auflistung d. planungsrelevanten Arten zur Verfügung zu stellen mdB um Rückmeldung, falls entsprechende Vorkommen im Änderungsbereich bzw. innerhalb d. zu berücksichtigenden Abstände bekannt sind.</p>	<p><b>Den Anregungen wird nicht gefolgt.</b></p> <p>Als Datengrundlagen wurden die ASK-Daten herangezogen, wie es auch die Gesetzesbegründung (WindBG) vorsieht. Es sind demnach der Behörde bekannte, unter fachlichen Gesichtspunkten erhobene Daten zu den Artvorkommen zu verwenden. Dies sind u.a.. Daten aus behördlichen Datenbanken, behördlichen Katastern, aber auch vorhandene und nach vergleichbarem Standard erhobene Daten Dritter sein. Es wurden jedoch im Beteiligungsverfahren weder vom Landesbund für Vogelschutz noch von den Bayerischen Staatsforsten, dem Waldbesitzerverband oder dem Landesjagdverband entsprechende bzw. weiterführende Daten vorgelegt.</p> <p>Über die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hinaus, erfolgte die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 unter Veröffentlichung der Kartendarstellungen mit der Möglichkeit zur Äußerung. Darüber hinaus sieht die Stadt Ebersberg kein Erfordernis bestimmte Personen(gruppen) anzusprechen.</p>
6	Landratsamt Ebersberg Immissionsschutz	01.09.2023	<p>die Untere Immissionsschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung: Sachverhalt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zur vorliegenden Bauleitplanung wurde bereits im Zuge der frühzeitigen Behördenbeteiligung seitens der UIB am 22.06.2023 Stellung genommen. Dabei wurden keine Einwendungen oder fachliche Informationen vorgetragen</li> <li>• In der vorliegenden Planfassung sind keine immissionsschutzfachlich relevanten Änderungen im Vergleich zur letzten Planfassung erkennbar</li> </ul> <p>Beurteilung Beabsichtigte Planungen und Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Unteren Immissionsschutzbehörde sind keine weiteren Planungen oder Maßnahmen bekannt, die sich auf den Geltungsbereich der Satzung auswirken könnten.</li> </ul> <p>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können:</p>	<p><b>Kenntnisnahme.</b></p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<ul style="list-style-type: none"> <li>• keine Fachliche Informationen aus der eigenen Zuständigkeit:</li> <li>• keine</li> </ul>	
13	Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten	18.09.2023	<p>Für die Beteiligung an o.a. Planungsverfahren bedanken wir uns und nehmen als Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten lediglich aus forstfachlich-waldrechtlicher Sicht Stellung, da landwirtschaftlich keine weiteren Einwände oder Anregungen vorliegen.</p> <p>Die waldrechtlichen Inhalte unserer Stellungnahme (AELF-EE-F2-4611-37-7-4, 12.06.2023) haben im Wesentlichen Eingang in die Vorlage gefunden. So wurden die besonders sensiblen Bannwaldbereiche in den Flächensteckbriefen (B. 4. 1 ff.) berücksichtigt und der Ausgleichsbedarf in den jeweiligen Planungshinweisen vermerkt.</p> <p>Keine Erwähnung findet an diesen Stellen bisher der mögliche waldrechtliche Ausgleichsbedarf in Wäldern, die nicht Bannwald sind. Bei der Profilierung der Flächenkulisse unter A. 7. 5. 1 VI wurden die Waldflächen mit besonderen Funktionen gemäß Waldfunktionskartierung abgewogen. Die Funktion „Regionaler Klimaschutz“ wurde beispielsweise nicht als weiches Ausschlusskriterium herangezogen, weil die Funktion flächig wirkt und der Ausschluss dazu führen würde, dass der Windenergie nicht ausreichend substanziell Raum verschafft werden könnte. Dieses Vorgehen ist grundsätzlich nachvollziehbar, darf aber nicht im Umkehrschluss so gelesen werden, dass für diese Wälder auch pauschal kein waldrechtlicher Ausgleich geltend gemacht werden kann. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Ausgleichsbedarf und Flächenfaktor stets anhand verschiedener Parameter, u. a. der Waldfunktionen, von der unteren Forstbehörde im Einzelfall geprüft werden muss.</p> <p>Dies kann und wird voraussichtlich auch dazu führen, dass bei einer Umsetzung des Vorhabens in Kulissen im obigen Sinne die untere Forstbehörde ihr Einvernehmen zur Rodungsgenehmigung nur geben wird, sofern zusätzlich zu der Rekultivierung des durch die Rodung in Anspruch genommenen Areals mit Wald - nach Ende des Betriebes und Stilllegung der WEA – noch eine bemessene Ersatzaufforstung veranlagt wird.</p>	<p><b>Den Anregungen wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Die Hinweise bezüglich Waldausgleich sowie der Wälder mit besonderen Funktionen gemäß Waldfunktionskartierung die noch nicht als weiches Ausschlusskriterium aus der Planung herausgenommen wurde (in diesem Fall nur „Regionaler Klimaschutz“) werden in der Begründung ergänzt.</p>
32	Bayernwerk Netz GmbH	07.09.2023	<p>Mit dem Schreiben vom 06.06.2023 TAS Ne 8526 haben wir von der Bayernwerk Netz GmbH bereits eine weiterhin gültige Stellungnahme zum Verfahren abgegeben.</p> <p>Ergänzend hierzu erhalten Sie einen Übersichtslageplan, in dem unsere flächennutzungsplanrelevanten Anlagen eingezeichnet sind.</p> <p>Auskünfte zur Lage der von uns betriebenen Versorgungsanlagen können Sie online über unser Planauskunftsportal einholen. Das Portal erreichen Sie</p>	<p><b>Kenntnisnahme.</b></p> <p>20 kV-Leitungen waren bereits als Restriktion in der Begründung enthalten. Durch den an die Stellungnahme angehängten Übersichtslageplan ist der genaue Verlauf der 20kV Leitungen bekannt und wurde in den Restriktionen ergänzt. Ein Verlauf der 20kV Leitungen durch Konzentrationszonen gibt es nicht.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			unter: <a href="https://www.bayernwerk-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html">https://www.bayernwerk-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html</a> Anlage: 1 Plan	
		06.06.2023	<p>Im Geltungsbereich befinden sich flächennutzungsplanrelevante Versorgungseinrichtungen der Bayernwerk Netz GmbH. Gegen die Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Zu unseren Anlagen nehmen wir wie folgt Stellung:            110-kV-Anlagen</p> <p>Im Geltungsbereich verlaufen die 110-kV-Freileitungen Neufinsing - Ebersberg, Ltg. Nr. J200, und die 110-kV-Freileitungen Ebersberg - Tattenhausen (-Marienberg), Ltg. Nr. J205, beide mit einer Leitungsschutzzone von jeweils 27,50 m beiderseits der Leitungsachse. Die Richtigkeit des Leitungsverlaufes auf dem beiliegenden Lageplan ist ohne Gewähr. Maßgeblich ist der tatsächliche Leitungsverlauf in der Natur.</p> <p>Die Abstände der geplanten Windkraftanlagen zu Freileitungen sind in der Norm DIN EN 50341-2-4, in der gültigen Fassung, geregelt. Sie sind mit den bereits vorher angewandten VDEW-Empfehlungen identisch. Diese Abstände sollen bereits bei der Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen berücksichtigt werden.</p> <p>Der Abstand zu Windenergieanlagen muss mindestens die Leitungsschutzzone der Leitung und den halben Rotordurchmesser betragen. Daraus ergibt sich eine Mindestschutzbreite von jeweils 107,50 m. Zu dieser Schutzzone kommt zusätzlich der benötigte Arbeitsraum, der für die Aufstellung der Windenergieanlage benötigt wird.</p> <p>Der benötigte Arbeitsraum ist projektbezogen vom Antragsteller/Windenergieanlagenbetreiber anzugeben und anschließend zwischen dem Freileitungsbetreiber, hier der Bayernwerk Netz GmbH, und dem Antragsteller/Windenergieanlagenbetreiber zu vereinbaren.</p> <p>Befindet sich die Hochspannungsfreileitung innerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage, muss gemäß DIN EN 50341 ein Mindestabstand von <math>&gt; 3 \times</math> Durchmesser des Rotors zum äußersten ruhenden Leiterseil der Freileitung eingehalten werden. Bei dem Angegebenen Rotordurchmesser von 160 m, ergibt sich daraus ein Mindestabstand von jeweils 480 m beiderseits der Leitungsachse.</p>	<p>Die Hinweise werden teilweise berücksichtigt.</p> <p>Die Vorgaben zum Schutz der Hochspannungsfreileitungen werden in den Planunterlagen ergänzt. Gemäß den Ausführungen der Stellungnahme beträgt der als hartes Ausschlusskriterium einzustufende erforderliche Abstand die Leitungsschutzzone von 27,5 m beidseits + <math>0,5 \times</math> Rotordurchmesser. Darüber hinaus können Abstände zum Schutz vor Nachlaufströmung erforderlich werden. Die Leitungen verlaufen innerhalb von Schutzbereichen von Siedlungen, sodass sich zusätzliche Schutzabstände erübrigen und die genannten harten Ausschlusskriterien einbezogen werden und die übrigen Informationen als Hinweise in die Planunterlagen aufgenommen werden.</p> <p>Zu den 20 KV-Leitungen werden Anforderungen definiert, die über die Vorgaben für 110 KV-Leitungen hinaus gehen, Informationen zum Leitungsverlauf wurden indes nicht beigelegt. Die Hinweise zu ggf. erforderlichen Schutzmaßnahmen werden daher in die Begründung aufgenommen, Schutzabstände als Ausschlusskriterien können dabei nicht konkretisiert werden.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Dieser vorgenannte Abstand kann auf einen Mindestabstand von <math>&gt; 1 \times</math> Rotordurchmesser zwischen dem äußeren ruhenden Leiterseil einer 110-kV-Leitung und der ungünstigsten Stellung der Rotorblattspitze bzw. den oben genannten Mindestabstand zu Windenergieanlagen verringert werden, wenn die Leiterseile der Freileitung mit schwingungsdämpfenden Maßnahmen ausgerüstet sind oder der Nachweis erbracht wird, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt.</p> <p>Die Nachrüstungen der Schwingungsdämpfer wird vom Leitungsbetreiber ausgeführt werden. Die hierbei anfallenden Kosten hat jedoch der Bauherr der Windenergieanlage als Veranlasser zu tragen.</p> <p>In jedem Fall muss die Zulässigkeit einer Windkraftanlage, die in der Nähe einer Freileitung (Abstand <math>5 \times 3 \times</math> Rotordurchmesser bei der ungünstigsten Stellung der Rotorblattspitze zum äußeren ruhenden Leiterseil einer 110-kV-Leitung) errichtet wird, im Einzelfall von uns geprüft werden.</p> <p>Wir bitten Sie, die Trasse der Hochspannungsleitungen mit der dazugehörigen Schutzzone den beiliegenden Plänen in den Flächennutzungsplan zu übernehmen.</p> <p>Weiterhin bitten wir, bei der künftigen Entwicklung des Flächennutzungsplans folgende Hinweise bezüglich der Hochspannungsfreileitung zu beachten:</p> <p>Der Bestand, der Betrieb und die Unterhaltung der bestehenden Anlagen ist zu gewährleisten. Zu Unterhaltungsmaßnahmen zählen u.a. Korrosionsschutzarbeiten, Arbeiten zur Trassenfreihaltung von betriebsgefährdendem Aufwuchs sowie die Erneuerung, Verstärkung oder ein durch Dritte veranlasster Umbau der Leitungen auf gleicher Trasse unter Beibehaltung der Schutzzonen.</p> <p>Einer Bepflanzung mit hochwachsenden Bäumen und Sträuchern innerhalb der Leitungsschutzzonen können wir nicht zustimmen. Die maximale Aufwuchshöhe ist in jedem Fall mit der Bayernwerk Netz GmbH abzustimmen. Außerhalb der Schutzzonen sind Bäume so zu pflanzen, dass diese bei Umbruch nicht in die Leiterseile fallen können.</p> <p>In diesem Zusammenhang machen wir bereits jetzt darauf aufmerksam, dass diejenigen Bäume oder Sträucher, die in den Mindestabstandsbereich der Hochspannungsleitung wachsen oder bei Umbruch geraten können, durch den Grundstückseigentümer entschädigungslos zurückgeschnitten oder entfernt werden müssen bzw. auf Kosten des Grundstückseigentümers vom Leitungsbetreiber entfernt werden.</p> <p>Infolge der sich verändernden Erzeugungsstandorte ist zu beachten, dass hierdurch das bestehende Leitungsnetz von Veränderungen betroffen werden</p>	

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>kann. Insbesondere durch den Anschluss von dezentralen Anlagen der Erneuerbaren Energien kann es notwendig werden, das Leitungsnetz entsprechend anzupassen.</p> <p>20-kV Freileitungen</p> <p>Nur bei Einhaltung eines Sicherheitsabstandes von mindestens drei Rotor-durchmessern von den äußeren Konturen der Windenergieanlage (Rotorblattspitzen) zum nächstgelegenen, ruhenden Leiterseil unserer Freileitung können wir der Errichtung der Windenergieanlage ohne Einschränkungen zustimmen.</p> <p>Anlage: 1 Plan</p>	
41	Bund Naturschutz	07.09.2023	<p>Gerne gebe ich für den Bund Naturschutz Bayern, Kreisgruppe Ebersberg eine kurze Stellungnahme:</p> <p>Der BN Bayern unterstützt die Suche nach und Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen.</p> <p>Bei der später folgenden Prüfung von Einzelstandorten für WKA's werden wir gesondert Stellung nehmen.</p> <p>Im Anhang finden Sie unsere aktuelle BN-Kriterienliste als pdf - am Herzen liegen uns dabei vor allem die Punkte 5 bis 9 mit den entsprechenden Unterpunkten.</p> <p>Anlage: Kriterienliste für die Ausweisung von Windenergie-Vorranggebieten</p>	<p><b>Kenntnisnahme.</b></p> <p>Den Kriterien der BN-Kriterienliste wurde in großen Teilen gefolgt. Der Punkt 5 Infrastruktur der BN-Kriterienliste wurde berücksichtigt. Abstände zu Straßen, Bahnlinien, Leistungstrassen und Siedlungen sind berücksichtigt.</p> <p>Punkt 6 der BN-Kriterienliste wurde in großen Teilen berücksichtigt. Bezüglich eines Vorkommens von kollisionsgefährdeten Vögeln wurden die Daten der Artenschutzkategorisierung herangezogen, die Natura2000 Schutzgebiete wurden ausgeschlossen und Biotop wurden ausgeschlossen. Aufgrund der verschiedenen Ausschlusskriterien kann auf die Ausweisung von Konzentrationsflächen im Waldbestand nicht verzichtet werden. Es wird jedoch explizit auf die Problematiken der Zerschneidung sowie des Artenschutzes hingewiesen. (Punkt 7 BN-Kriterienliste). Die Konzentrationszonen befinden sich außerhalb von (Reliktartigen) Moorbeständen. (Punkt 8 BN-Kriterienliste)</p> <p>Im STFNP Wind wurden Gewässer und Wasserschutzgebiete der ZONE I und II ausgeschlossen. (Punkt 9 BN-Kriterienliste)</p>
46	DB AG DB Immobilien	24.08.2023	<p>Die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG und der DB Energie GmbH bevollmächtigt, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange und aller Unternehmensbereiche zum o. a. Verfahren:</p> <p>Wir verweisen auf die Stellungnahme vom 22.06.2023 mit Z: TOEB-BY-23-159050. Diese ist weiterhin gültig.</p> <p>Wir bitten Sie, uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen und uns zu gegebener Zeit den Satzungsbeschluss zu übersenden.</p>	<p><b>Kenntnisnahme.</b></p> <p>Keine Abwägung erforderlich</p>



Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung																																				
		22.06.2023	Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren. Gegen die 16. Änderung o.g. Flächennutzungsplans bestehen aus eisenbahntechnischer Sicht hinsichtlich der TöB-Belange keine Einwendungen. Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse und den Satzungsbeschluss zu gegebener Zeit zuzusenden und an weiteren Verfahren zu beteiligen.	Wurde damals als keine Einwendungen gewertet und dementsprechend nicht in der Abwägungstabelle aufgeführt																																				
54	Ericsson Service GmbH	30.08.2023	<p>Die Firma Ericsson wurde von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassenschutz zu bearbeiten. Der Verlauf der vorhandenen Richtfunkstrecke(n) ist im Folgenden zu entnehmen.</p> <table><tr><th colspan="2">Senderrichtfunkstelle</th><th>Frequenzband</th><th>Funkfeldlänge</th><th colspan="2">Empfangsrichtfunkstelle</th></tr><tr><th>Name</th><th>Abstrahlrichtung</th><th></th><th></th><th>Name</th><th>Abstrahlrichtung</th></tr><tr><th>Koordinate Ost</th><th>Antennenhöhe</th><th></th><th></th><th>Koordinate Ost</th><th>Antennenhöhe</th></tr><tr><th>Koordinate Nord</th><th></th><th></th><th></th><th>Koordinate Nord</th><th></th></tr><tr><th>HÜNN in m</th><th></th><th></th><th></th><th>HÜNN in m</th><th></th></tr><tr><td>Grafring b München 187 Ost: 11° 56' 18,6" Nord: 48° 02' 39,0" 543m</td><td>38,4° 23m</td><td>18,7</td><td>18,01 km</td><td>Isen 1 Ost: 12° 05' 19,6" Nord: 48° 10' 16,0" 650m</td><td>218,5° 75m</td></tr></table> <p>Um die direkte Sichtlinie ist ein Radius von mindestens <b>+/- 25m</b> freizuhalten.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt für Richtfunkverbindungen des Ericsson - Netzes und für Richtfunkverbindungen des Netzes der Deutschen Telekom. Bitte richten Sie Ihre Anfragen ausschließlich per Email an die: <a href="mailto:bauleitplanung@ericsson.com">bauleitplanung@ericsson.com</a></p>	Senderrichtfunkstelle		Frequenzband	Funkfeldlänge	Empfangsrichtfunkstelle		Name	Abstrahlrichtung			Name	Abstrahlrichtung	Koordinate Ost	Antennenhöhe			Koordinate Ost	Antennenhöhe	Koordinate Nord				Koordinate Nord		HÜNN in m				HÜNN in m		Grafring b München 187 Ost: 11° 56' 18,6" Nord: 48° 02' 39,0" 543m	38,4° 23m	18,7	18,01 km	Isen 1 Ost: 12° 05' 19,6" Nord: 48° 10' 16,0" 650m	218,5° 75m	<p><b>Kenntnisnahme.</b></p> <p>Der Verlauf der Richtfunktrasse ist bereits in der Begründung dargestellt. Sie verläuft in ausreichendem Abstand zu den Konzentrationszonen.</p>
Senderrichtfunkstelle		Frequenzband	Funkfeldlänge	Empfangsrichtfunkstelle																																				
Name	Abstrahlrichtung			Name	Abstrahlrichtung																																			
Koordinate Ost	Antennenhöhe			Koordinate Ost	Antennenhöhe																																			
Koordinate Nord				Koordinate Nord																																				
HÜNN in m				HÜNN in m																																				
Grafring b München 187 Ost: 11° 56' 18,6" Nord: 48° 02' 39,0" 543m	38,4° 23m	18,7	18,01 km	Isen 1 Ost: 12° 05' 19,6" Nord: 48° 10' 16,0" 650m	218,5° 75m																																			
55	Bayerisches Landesamt für Umwelt	18.09.2023	<p>Als Landesfachbehörde befassen wir uns v. a. mit umweltbezogenen Fachfragen bei Planungen und Projekten mit überregionaler und landesweiter Bedeutung, mit Grundsatzfragen von besonderem Gewicht sowie solchen Fachbelangen, die von örtlichen oder regionalen Fachstellen derzeit nicht abgedeckt werden (z. B. Rohstoffgeologie, Geotopschutz, Geogefahren). Von den o.g. Belangen wird die Rohstoffgeologie berührt. Dazu geben wir folgende Stellungnahme ab: Unsere Stellungnahme (Az.: 11-86811.1-71438/2023) vom 21.06.2023 hat weiterhin uneingeschränkt Gültigkeit. Laut der neuesten Unterlagen überlagert nur noch der westlichste Teil der Konzentrationszone Wind KW_A2 das Vorranggebiet für Bodenschätze - Kies und Sand Nr. 300 der Planungsregion München (14), eine rechtsgültige Konzentrationsfläche Kiesabbau des FNP Stadt Ebersberg sowie einen aktiven Rohstoffabbau.</p>	<p><b>Der Anregung wird gefolgt.</b></p> <p>Es ist nach wie vor eine kleine Überlagerung der Konzentrationszone KW_A2 mit dem Vorranggebiet VR 300 vorhanden. Diese wird in der Planzeichnung ergänzt und mit den Voraussetzungen der Regierung von Oberbayern für diesen Teilbereich gekennzeichnet.</p>																																				

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Eine Zustimmung seitens der Rohstoffgeologie kann nur erfolgen, wenn in den genannten Rohstoffsicherungsflächen weiterhin ein uneingeschränkter Rohstoffabbau möglich ist.</p> <p>Bei weiteren Fragen zur Rohstoffgeologie wenden Sie sich bitte an Herrn Christopher Paulsen (Tel. 09281/1800-4618) oder Frau Anja Gebhardt (Tel. 09281/1800-4757), beide Referat 1 05.</p> <p>Zu den örtlich und regional zu vertretenden Belangen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des technischen Umweltschutzes verweisen wir auf die Stellungnahmen des Landratsamtes Ebersberg (Untere Naturschutzbehörde und Untere Immissionsschutzbehörde).</p> <p>Die Belange der Wasserwirtschaft und des vorsorgenden Bodenschutzes werden vom Wasserwirtschaftsamt Rosenheim wahrgenommen. Diese Stellen beraten wir bei besonderem fachspezifischem Klärungsbedarf im Einzelfall.</p>	
		21.06.2023	<p>Als Landesfachbehörde befassen wir uns v. a. mit umweltbezogenen Fachfragen bei Planungen und Projekten mit überregionaler und landesweiter Bedeutung, mit Grundsatzfragen von besonderem Gewicht sowie solchen Fachbelangen, die von örtlichen oder regionalen Fachstellen derzeit nicht abgedeckt werden (z. B. Rohstoffgeologie, Geotopschutz, Geogefahren).</p> <p>Von den o.g. Belangen wird die Rohstoffgeologie berührt. Dazu geben wir folgende Stellungnahme ab:</p> <p>Die Aussage „Die Stadt Ebersberg hat sich entschieden, Vorranggebiete für Bodenschätze im STFNP „Windkraft“ nicht als Ausschlussbereiche zu berücksichtigen“ (Begründung. S. 29) wird aus rohstoffgeologischer Sicht kritisch gesehen, obwohl im Weiteren ausgeführt wird, dass „die Errichtung von WEA (...) mit der vorrangigen Funktion (Abbau von Bodenschätzen) nicht vereinbar zu sein [scheint], soweit der Abbau der vorhandenen Bodenschätze noch nicht erfolgt ist. Im Anschluss an den Abbau, sind WEA als Nachfolgenutzung auf den Flächen jedoch denkbar.“</p> <p>Diese Aussage (erst Abbau, dann Windkraft) muss zwingend und dauerhaft Berücksichtigung finden, andernfalls kann seitens der Rohstoffgeologie keine Zustimmung zu der vorliegenden Planung erfolgen.</p> <p>Ein Überlappungskonflikt besteht insbesondere in Teilen der Konzentrationszone für Windkraft KW A mit dem Vorranggebiet Kies und Sand Nr. 300 bzw. den hier rechtskräftig ausgewiesenen Konzentrationsflächen für den Kiesabbau. Es handelt sich hier um eine bedeutsame Kies-/Sand-Lagerstätte mit Rohstoffmächtigkeiten von ca. 20 m. Innerhalb der geplanten Konzentrationszone für Windkraft KW A liegen nicht nur ca. 3-4 ha bisher unverritzte</p>	<p><b>Die Hinweise werden berücksichtigt</b></p> <p>Die Voraussetzungen für eine Nachnutzung der Vorranggebiete werden auf dem Planblatt sowie in der Begründung dargelegt. Weder soll das Vorranggebiet durch die Planung eingeschränkt werden noch durch die Ausweisung von Konzentrationszonen eine Nachfolgenutzung durch Windkraftanlagen verhindert werden. An dieser grundlegenden Systematik soll festgehalten werden.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Kiesareale (Stand Luftbild 08/2022), sondern auch aktuell in Abbau befindliche Areale, Betriebsflächen zur Aufbereitung und Lagerung, ein Schlammteich und Bereiche, die sich aktuell in Verfüllung befinden.</p> <p>Da es sich ursächlich um ein Vorranggebiet für Bodenschätze handelt, sind unserer Meinung nach trotz der Nichtberücksichtigung als Ausschlussbereich die rechtlichen Ansprüche an ein Vorranggebiet zu wahren. So haben lt. Bayern.Recht „in Vorranggebieten andere Nutzungsansprüche gegenüber der Gewinnung von Bodenschätzen zurückzutreten“ (s. Bayern.Recht: 3.1.3 Regionalpläne). Das bedeutet, hier muss auch weiterhin langfristig ein uneingeschränkter Kiesabbau verbunden mit einer entsprechenden Aufbereitung möglich sein. Diese Aussage muss darüber hinaus auch bei der Platzierung von Windkraftanlagen nahe von aktuellen Abbauböschungen oder an Betriebsanlagen, Schlammteichen etc. Berücksichtigung finden (Rotor-Out!). Vor der Ausweisung ggf. notwendiger Ausgleichs- und CEF-Flächen (im weiteren Verfahren) ist die Rohstoffgeologie erneut zu beteiligen um potenzielle Konflikte mit Belangen der Rohstoffgeologie frühzeitig zu vermeiden.</p> <p>Bei weiteren Fragen zur Rohstoffgeologie wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Georg Büttner (Referat 105, Tel. 09281/1800-4751) oder Frau Anja Gebhardt (Referat 105, Tel. 09281/1800-4757).</p> <p>Zu den örtlich und regional zu vertretenden Belangen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des technischen Umweltschutzes verweisen wir auf die Stellungnahmen des Landratsamtes Ebersberg (Untere Naturschutzbehörde und Untere Immissionsschutzbehörde).</p> <p>Die Belange der Wasserwirtschaft und des vorsorgenden Bodenschutzes werden vom Wasserwirtschaftsamt Rosenheim wahrgenommen. Diese Stellen beraten wir bei besonderem fachspezifischem Klärungsbedarf im Einzelfall.</p> <p>Der Regionsbeauftragte der Region München (14) und das Sachgebiet 24.2 Landes- und Regionalplanung in den Regionen Ingolstadt (10) und München (14) der Regierung von Oberbayern erhalten einen Abdruck dieses Schreibens.</p>	
58	Regierung von Oberbayern Höhere Landesplanungsbehörde	17.08.2023	<p>Die Regierung von Oberbayern als höhere Landesplanungsbehörde gibt folgende Stellungnahme zur o.g. Bauleitplanung ab.</p> <p>Ergebnisse der letzten Stellungnahme</p> <p>Zur o.g. Planung gaben wir bereits mit Schreiben vom 30.06.2023 eine Stellungnahme ab. Darin kamen wir zu dem Ergebnis, dass die Ausweisung von Konzentrationszonen bei Berücksichtigung bzw. Beachtung der Hinweise zu</p>	<p><b>Der Anregung wird gefolgt.</b></p> <p>Es ist nach wie vor eine kleine Überlagerung der Konzentrationszone KW_A2 mit dem Vorranggebiet VR 300 vorhanden. Diese wird in der Planzeichnung ergänzt und mit den Voraussetzungen der Regierung von Oberbayern für diesen Teilbereich gekennzeichnet.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>den Zielen und Grundsätzen den Erfordernissen der Raumordnung nicht grundsätzlich entgegensteht.</p> <p>Gleichwohl musste in den Bereichen des regionalplanerisch gesicherten Vorranggebiets für Bodenschätze (Kies und Sand Nr. 300) ein Zielkonflikt mit RP 14 B IV Z 5.4.2 festgestellt werden. Die Planung kann nur dann mit den Erfordernissen der Raumordnung in Einklang gebracht werden, sofern im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung baurechtlich sichergestellt wird, dass im Bereich des o.g. Vorranggebiets die Darstellung der entsprechenden Konzentrationszone erst dann greift, wenn der gesicherte Rohstoff dort vollständig abgebaut ist.</p> <p>Abwägung der Stadt vom 19.07.2023</p> <p>Laut Abwägungsprotokoll der Stadt Ebersberg werden die Voraussetzungen für eine Nachnutzung der Vorranggebiete auf dem Planblatt sowie in der Begründung dargelegt. Weder solle das Vorranggebiet durch die Planung eingeschränkt noch durch die Ausweisung von Konzentrationszonen eine Nachfolgenutzung durch Windkraftanlagen verhindert werden. Die Planung werde im Hinblick auf die Erfordernisse des Vorranggebietes ergänzt, so dass sichergestellt werden kann, dass kein Zielkonflikt entsteht und die Ziele der Regionalplanung zunächst erfüllt werden müssen.</p> <p>Neue Planunterlagen vom 25.07.2023</p> <p>In den neu vorgelegten Planunterlagen haben sich Lage und Umgriff teilweise geändert. Der Umfang der Darstellung hat sich insgesamt verringert und die Fläche „KW_A wurde in die Flächen „KW_A1“ und „KW_A2“ gegliedert. In der vorgelegten Begründung wird dargelegt, dass eine Windkraftnutzung erst nach dem vollständigen Abbau der Rohstoffe erfolgen kann. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung ergaben sich artenschutzrechtliche Belange im Bereich des Vorranggebietes „VR 300“, so dass das Vorranggebiet nicht in vollem Umfang als Konzentrationszone dargestellt wird.</p> <p>Bewertung und Ergebnis</p> <p>Die Planung entspricht grundsätzlich den Erfordernissen der Raumordnung. Eine Konzentrationszone im Bereich eines Vorranggebietes für Bodenschätze kann nur dann mit den Erfordernissen der Raumordnung in Einklang gebracht werden, wenn der gesicherte Rohstoff dort vollständig abgebaut ist und ein entsprechender Nachweis darüber vorliegt.</p>	
59	Regierung von Oberbayern Luftamt Südbayern	11.09.2023	<p>1. Bauschutzbereich und ziviler Flugbetrieb:</p> <p>Sämtliche Konzentrationszonen Windkraft befinden sich außerhalb von Bauschutzbereichen von zivilen Flugplätzen und außerhalb von zivilen Kontrollzonen.</p>	<p><b>Kenntnisnahme.</b></p> <p>Die Hinweise sind bereits Teil der Begründung. Die DFS wurde am Verfahren beteiligt und hat keine Stellungnahme abgegeben.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>Die An- und Abflugstrecken des Hubschraubersonderlandplatzes des Klinikums Ebersberg führen nicht durch oder entlang der Konzentrationszonen Windkraft, sodass es zu keinen Beeinträchtigungen oder Gefährdungen des Flugbetriebs kommen kann.</p> <p>Ohne eine Überprüfung und Stellungnahme durch die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS, Adresse: DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, SIS/ND, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen), die bei Bauwerken ab einer Höhe von 100 m ü. Grund (Regelfall bei Windkraftanlagen) im Genehmigungsverfahren verpflichtend zu beteiligen ist, kann vom Luftamt Südbayern zu den Auswirkungen auf den zivilen Flugbetrieb keine abschließende Bewertung vorgenommen werden.</p> <p>Wir empfehlen Ihnen deshalb dringend die Beteiligung der DFS als Träger öffentlicher Belange, da das Luftamt Südbayern etwaige Belange der DFS (z. B. Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen aufgrund festgelegter Flugverfahren, Meldepunkte, An- und Abflugflächen, etc.) nicht wahrnehmen kann.</p>	
			<p>2. Schutz von Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG):</p> <p>Vom Bauschutzbereich eines Flugplatzes zu unterscheiden sind die Anlagenschutzbereiche der Flugsicherungseinrichtungen. Flugsicherungseinrichtungen befinden sich nicht nur in der Nähe von Flugplätzen, sondern verteilen sich auf dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Flugsicherungseinrichtungen sind z.B. UKW-Drehfunkfeuer (VOR), Entfernungsmessgeräte (DME) oder Radaranlagen. Bauwerke und Gelände in ihrer Umgebung können Störungen verursachen. Zum Schutz vor etwaigen Störungen sind um diese Flugsicherungseinrichtungen Schutzbereiche, sogenannte "Anlagenschutzbereiche" eingerichtet. Bauwerke, die innerhalb dieser Bereiche errichtet werden sollen, werden daraufhin geprüft, ob sie bei Flugsicherungseinrichtungen Störungen verursachen können.</p> <p>Nur weil ein Bauwerk innerhalb eines Anlagenschutzbereichs liegt, ist dessen Bau nicht per se ausgeschlossen, erfordert aber eine Prüfung und Entscheidung/Genehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) nach § 18a LuftVG.</p> <p>Ob ein Bauwerk innerhalb eines Anlagenschutzbereichs liegt, kann mit der interaktiven 2D-Karte und noch exakter mit der 3D-Vorprüfung auf der Homepage des BAF geprüft werden.</p> <p>Demnach befinden sich sämtliche Konzentrationsflächen Windkraft vollständig innerhalb eines zivilen Anlagenschutzbereichs für Flugnavigationsanlagen und die obigen Ausführungen sind zu beachten.</p>	<p><b>Kenntnisnahme.</b></p> <p>Die Hinweise sind bereits Teil der Begründung. Das BAF wurde am Verfahren beteiligt und hat eine Stellungnahme abgegeben (Nr. 67).</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			Wir empfehlen deshalb dringend das BAF (Adresse: Monzastr. 1 in 63325 Langen) als Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme aufzufordern, da etwaige Interessen des BAF vom Luftamt Südbayern nicht wahrgenommen werden und eine Entscheidung nach § 18a LuftVG allein das BAF trifft.	
			<p>3. Modellfluggelände:          Für Modellfluggelände liegt die Zuständigkeit ausschließlich bei zwei Verbänden, sodass wir dringend empfehlen, sie als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.          DEUTSCHER MODELLFLIEGER VERBAND E.V.          Rochusstraße 104 —106          53123 Bonn          0228/97 85 011          www.dmfv.aero          Modellflugsportverband Deutschland e.V.          Im Kleifeld 9          31275 Ahlten          05132 5988-115          info@mfsd.de</p>	<p><b>Kenntnisnahme.</b></p> <p>Die beiden Modellflugverbände wurde am Verfahren beteiligt und haben keine Stellungnahmen abgegeben.</p>
			<p>4. Bauwerke außerhalb des BSB (§ 14 LuftVG):          Jeder Standort unterliegt zudem allgemein den Anforderungen, die sich aus § 14 LuftVG ergeben. Nach § 14 Abs. 1 Satz 1 LuftVG darf die für die Erteilung einer Genehmigung zuständige Behörde die Errichtung von Bauwerken außerhalb des Bauschutzbereiches, die eine Höhe von 100 m über der Erdoberfläche überschreiten, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörde (Luftamt Südbayern) genehmigen. Die Windkraftanlagen bedürfen im Verfahren nach § 14 LuftVG stets einer Begutachtung durch die DFS gemäß § 31 Abs. 3 LuftVG. Diese gibt Auskunft darüber, ob aus zivilen und militärischen Flugbetriebsgründen i. S. d. § 14 LuftVG Einwendungen bestehen.</p>	<p><b>Kenntnisnahme</b></p> <p>Die Hinweise sind bereits Teil der Begründung</p>
			<p>5. Militärische Belange:          Für die aus militärisch-flugsicherungstechnischen Gründen erforderliche gutachtliche Stellungnahme gemäß § 18a LuftVG (Schutz der militärischen Flugsicherungseinrichtungen) und für die militärischen Belange in den Bereichen der Flugsicherung, des Flugbetriebs und der Freiheit von Luftfahrthindernissen in den Bauschutzbereichen der Militärflugplätze liegt die Zuständigkeit gemäß § 30 Abs. 2 Satz 4 LuftVG ausschließlich bei der militärischen Luftfahrtbehörde (Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr — Referat Infra 13, Fontainengraben 200 in 53123</p>	<p><b>Kenntnisnahme</b></p> <p>Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr hat eine Stellungnahme abgegeben, in der der Planung ohne weitere Hinweise, Anregungen und Einwendungen zugestimmt wird.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			Bonn). Sie ist zudem zu beteiligen hinsichtlich der militärischen Schutzbereiche, der Infrastruktur und der Liegenschaften der Bundeswehr Wir regen daher auch dringend deren Beteiligung an.	
67	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung	15.09.2023	<p>Durch die vorgelegte Planung wird der Aufgabenbereich meiner Behörde als Trägerin öffentlicher Belange im Hinblick auf den Schutz ziviler Flugsicherungseinrichtungen gemäß § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) insoweit berührt, als alle fünf Windkraftkonzentrationszonen im Anlagenschutzbereich der Radaranlage Großhaager Forst SSR PSR belegen sind. Der Anlagenschutzbereich dieser Flugsicherungseinrichtung erstreckt sich in einem Radius von 15 km um die Flugsicherungseinrichtung.</p> <p>Je nach Verortung, Dimensionierung und Gestaltung des Bauvorhabens besteht daher die Möglichkeit einer Störung dieser Flugsicherungseinrichtung. Nach § 18a Abs. 1 Satz 1 LuftVG dürfen Bauwerke nicht errichtet werden, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten WEA im Rahmen eines späteren Genehmigungsverfahrens sind wahrscheinlich. Einschränkungen sind umso wahrscheinlicher, je näher das Bauwerk an die Flugsicherungseinrichtung heranrückt und je größer und höher die WEA dimensioniert sind.</p> <p>Weiterhin sind topographische Umstände zu berücksichtigen, die sich aus dem umgebenden Gelände, anderen Bauwerken, Vegetation und Ähnlichem ergeben. Bei WEA steigt die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung zudem in Abhängigkeit von den bereits vorhandenen oder nach § 18a LuftVG zugestimmten WEA im Anlagenschutzbereich.</p> <p>Bei der Ausweisung von Plangebieten im Anlagenschutzbereich wird empfohlen auf die Möglichkeit von Einschränkungen im späteren Genehmigungsverfahren und die Notwendigkeit der Beteiligung meiner Behörde hinzuweisen. Diese Beurteilung beruht auf den nach § 18a Abs. 1a, Satz 2 LuftVG angemeldeten Anlagenstandorten und -schutzbereichen der Flugsicherungseinrichtungen mit heutigem Stand (September 2023).</p> <p>Eine Entscheidung gemäß § 18a Abs. 1 LuftVG, ob Flugsicherungseinrichtungen durch einzelne Bauwerke gestört werden können, bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Sie wird von mir getroffen, sobald mir über die zuständige Luftfahrtbehörde des Landes oder die zuständige Genehmigungsbehörde die konkrete Vorhabensplanung (z.B. Bauantrag) vorgelegt wird.</p> <p>Allgemeine Hinweise Um dem gesetzlich geforderten Schutz der Flugsicherungseinrichtungen Rechnung zu tragen, melden die Flugsicherungsorganisationen gemäß</p>	<p><b>Die Hinweise werden berücksichtigt.</b></p> <p>Hinweise zu Restriktion bezüglich des Anlagenschutzbereichs des zivilen Luftverkehrs waren bereits in der Begründung erhalten. Diese wurden durch weitere Hinweise des BAF ergänzt.</p>

Lfd. Nr.	Behörde/Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Beschlussempfehlungen zur Abwägung
			<p>§ 18a Abs. 1a, Satz 2 LuftVG meiner Behörde diejenigen Bereiche um Flugsicherungseinrichtungen, in denen Störungen durch Bauwerke zu erwarten sind. Diese Bereiche werden allgemein als "Anlagenschutzbereiche" bezeichnet und im amtlichen Teil des Bundesanzeigers veröffentlicht.</p> <p>Die Dimensionierung der Anlagenschutzbereiche erfolgt gemäß § 18a LuftVG durch die Flugsicherungsorganisation, welche die Flugsicherungseinrichtung betreibt und orientiert sich an den Empfehlungen des ICAO EUR DOC 015. Aufgrund von Vorbebauung, betrieblicher Erfordernisse oder einem neuen Stand der Technik kann der angemeldete Schutzbereich im Einzelfall von diesen Empfehlungen abweichen.</p> <p>Auf der Internetseite meiner Behörde <a href="http://www.baf.bund.de">www.baf.bund.de</a> steht sowohl eine zweidimensionale Karte der Anlagenschutzbereich als auch eine 3D-Vorprüfungsanwendung bereit. Damit lässt sich prüfen, ob ein Bauwerk oder ein Gebiet im Anlagenschutzbereich einer Flugsicherungseinrichtung liegen.</p>	

aufgestellt:  
 Nürnberg, 28.09.2023  
 TB MARKERT